

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

3. April 1952

Blatt 468

Friedrich Ohmann zum Gedenken

=====

3. April (Rath.Korr.) Auf den 6. April fällt der 25. Todestag des Architekten Professor Friedrich Ohmann.

Am 21. Dezember 1858 in Lemberg geboren, studierte er an der Wiener Technischen Hochschule und an der Akademie. In der Folge wirkte er als Lehrer an der Kunstgewerbeschule in Wien und von 1889 bis 1899 als Professor an der Kunstgewerbeschule in Prag. Anschließend übernahm er die Leitung des Baues der neuen Wiener Hofburg. Ab 1904 führte er neben Otto Wagner die Meisterschule für Architektur an der Wiener Kunstakademie. Von seinen Wiener Arbeiten sind außer dem ausschlaggebenden Anteil an der neuen Hofburg die Bauten der Wienflußregulierung, die Milchtrinkhalle und das Haus der Stadtgardendirektion im Stadtpark, die Adaptierung des Palais Kranz, der erste Umbau des Geschäftshauses Zwieback, die mit J.Hackhofer errichtete Villa Schopp in Hietzing sowie der architektonische Aufbau des Elisabethdenkmals besonders hervorzuheben. Auch um die Ausgestaltung des Platzes vor der Votivkirche hat sich Ohmann bemüht, doch sind seine Pläne unausgeführt geblieben.

Pferdemarkt vom 1. April

=====

3. April (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 91 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 85, als Nutzpferde 6 verkauft. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 49, Oberösterreich 13, Burgenland 8, Kärnten 4, Steiermark 15.

In der Kontumazanlage wurden seit 26. März 94 Pferde vermarktet.

Sieben Jahre sind mehr als genug!

Außerordentliche Sitzung des Wiener Landtages

3. April (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um den Freiheitswillen der gewählten Vertreter des Volkes zu manifestieren. Die Bedeutung dieser Sitzung kam darin zum Ausdruck, daß die Galerien des großen Saales bis auf den letzten Platz besetzt waren. Präsident Marek führte eingangs folgendes aus:

"Hoher Landtag! In Kürze jährt sich zum siebenten Male der Tag, da Österreich von der ihm im Jahre 1938 aufgezwungenen Fremdherrschaft durch den Sieg der alliierten Streitkräfte militärisch befreit und damit als selbständiger Staat gemäß den feierlichen Erklärungen der alliierten Mächte wieder hergestellt wurde.

Der militärischen Befreiung ist jedoch bis heute die staatsrechtliche nicht gefolgt.

Das österreichische Volk hat durch den Mund seiner in freier Wahl gewählten Vertreter keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne immer wieder auf den unerträglichen Zustand der Besetzung durch fremde Truppen und die Einmischung der Besatzungsmächte in die österreichischen Verhältnisse hinzuweisen.

Es hat nichts unterlassen, um immer wieder auf die schweren wirtschaftlichen Folgen hinzuweisen, die sich aus dem Zustand der nun schon 14 Jahre dauernden Unfreiheit ergaben.

Die übergroße Mehrzahl der politischen Vertreter unseres Landes hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit an die Verantwortlichen in der Welt appelliert, endlich den Staatsvertrag für Österreich fertig zu stellen.

Wir haben keine Mitentscheidung. Unsere Appelle blieben erfolglos.

Manche mögen daraus geschlossen haben, daß wir uns mit dem gegenwärtigen Zustand abgefunden haben. Diese mögen zur Kenntnis nehmen, daß man die Geduld eines fleißigen und friedliebenden Volkes nicht länger auf eine Zerreißprobe stellen darf.

Heute gilt es nicht zu untersuchen, wodurch der Abschluß des

Staatsvertrages bisher verhindert wurde, sondern in einer einhelligen Kundgebung der gewählten Vertreter des ganzen Volkes zu manifestieren, daß Österreich den Staatsvertrag nicht als eine Gnade betrachtet, die ihm gewährt oder vorenthalten werden kann, sondern als sein unveräußerliches Recht.

Wir verlangen die Einlösung der feierlichen Proklamationen, in denen Österreich als dem ersten von Hitler überfallenen Land die volle Freiheit wiedergegeben werden soll.

Der Wiener Landtag begrüßte es, daß die österreichische Bundesregierung und das Parlament unmittelbar vor dem siebenten Jahrestag der Befreiung einen eindrucksvollen Appell an die Weltöffentlichkeit gerichtet haben.

Wenn auch die Landtage für die Außenpolitik unseres Staates nicht kompetent sind, so ist es doch richtig, daß sie alle am heutigen Tage einhellig und einmütig die Initiative der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes zur Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen billigen und begrüßen.

Was über den Inhalt eines Staatsvertrages und die Außenpolitik Österreichs zu sagen ist, ist gestern von den Sprechern der Österreich vorbehaltslos bejahenden Parteien im Parlament ausgesprochen worden.

Es kann wohl keinen dem österreichischen Volke sich verantwortlich fühlenden Abgeordneten geben, der bei der Forderung nach dem Staatsvertrag andere Interessen als die des österreichischen Volkes im Auge haben könnte.

Die Würde des Augenblickes und der Ernst der Stunde gebieten es, daß alle österreichischen Abgeordneten, also auch alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, einmütig, geschlossen und ohne Vorbehalt hinter den berechtigten Forderungen des österreichischen Volkes stehen.

Sie können ihren einheitlichen Willen dadurch dokumentieren, daß Sie einmütig den Erklärungen zustimmen, die Herr Vizebürgermeister Honay als Landeshauptmannstellvertreter anschließend im Namen der Landesregierung und - wie ich annehme - aller Mitglieder dieses Hohen Hauses abgeben wird.

Ich bitte den Hohen Landtag, die Erklärungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters in diesem Sinne und in diesem den Interessen des ganzen österreichischen Volkes entsprechenden Geiste entgegennehmen zu wollen und erteile ihm das Wort".

Nun ergriff der Stellvertreter des Landeshauptmannes, Vizebürgermeister Honay, das Wort. Während seiner Ausführungen kam es zu einigen Zwischenfällen, als Galeriebesucher kommunistische Flugzettel in den Saal warfen. Die Leute wurden von den Angehörigen der Rathauswache jedoch sofort hinausgeführt. Die Abgeordneten des Linksblockes versuchten die Rede durch wiederholte Zwischenrufe zu stören. Der Vorsitzende ist mehrmals gezwungen, die Abgeordneten zu ermahnen, die Würde des Hauses zu achten und die Ausführungen des Redners nicht zu unterbrechen.

Vizebürgermeister Honay führte folgendes aus:

Achtet unser Recht, gebt uns frei!

"Am 1. November 1943 haben die Außenminister der drei gegen Hitler-Deutschland verbündeten Großmächte eine Erklärung veröffentlicht, in der es wörtlich heißt: "Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika stimmen darin überein, daß Österreich, das erste freie Land, das Hitler's typischer Aggressionspolitik zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß.

Sie betrachten die deutsche Besetzung Österreichs vom 15. März 1938 als null und nichtig. Sie betrachten sich durch keinerlei Änderung, die in Österreich seit jenem Zeitpunkt durchgeführt wurde, als irgendwie gebunden. Sie wünschen ein freies, unabhängiges Österreich wiedererrichtet zu sehen. Sie wollen den Österreichern selbst, ebenso den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen, den Weg zur politischen und wirtschaftlichen Sicherheit ebnen, da diese die einzige Grundlage für einen dauernden Frieden darstellt."

Diese unter der Bezeichnung "Moskauer Deklaration" in die Geschichte eingegangene Erklärung Englands, Amerikas und der Sowjetunion, sollte nach dem Siege der Alliierten die volle Wiederherstellung der Souveränität Österreichs sichern.

Im April 1945 war der Widerstand der deutschen Wehrmacht gebrochen und das Volk von Wien begrüßte die Soldaten der Sowjetunion als die Befreier vom Joche des Nationalsozialismus. Es erwartete aber auch, daß das in der Moskauer Deklaration von den drei Großmächten gegebene feierliche Versprechen nach Wiedererrichtung eines freien unabhängigen Österreich baldigst erfüllt werde.

Heute, achteinhalb Jahre nach der Moskauer Erklärung und sieben Jahre nach Beendigung des Krieges, ist kein einziger Buchstabe dieses Dokumentes Wirklichkeit geworden! Noch immer ist unser Land von vier fremden Mächten besetzt, noch immer sind Regierung und Parlament der Republik nicht imstande, ihre verfassungsmäßigen Rechte im vollen Umfange auszuüben. (An dieser Stelle der Rode flattern zum ersten Mal Flugzettel in den Saal, auf denen der vom Linksblock am 2. April im Parlament vorgeschlagene Beschluß "Für die Freiheit Österreichs" abgedruckt ist.) Sieben Jahre nach dem Ende des Krieges, an dem die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes wahrlich schuldlos ist, wird von fremden Militärregierungen die im Staatsgrundgesetz verbrieft Freiheit unserer Bürger mißachtet, unterliegen wir einer beschämenden Brief- und Telefenzensur, ist unser Land in vier Zonen zerrissen und leidet die Verwaltung unter den Eingriffen der Besatzungsmächte. (Abg. Lauscher (LBl.): Wer trägt die Verantwortung? - Gegenrufe der Sozialisten: Ihr! Ihr! Ihr! - Lebhaftes Zwischenrufe. Präsident Marek ersucht, die Ausführungen des Landeshauptmannstellvertreters nicht zu unterbrechen.)

Verstehen die Großmächte, die unser Land nun grundlos so viele Jahre besetzt halten, nicht, wie niederdrückend dieser Zustand auf das österreichische Volk wirkt? Können sie auch ermessen, wie dieses freiheitsliebende Volk über die nicht geringen Lasten denkt, die^{es} für den Unterhalt der in Österreich befindlichen französischen, englischen und russischen Truppen tragen muß? Auf Grund der Potsdamer Vereinbarungen hat Österreich von jeder Reparationsleistung befreit zu bleiben; trotzdem ist auch in dieser Frage, ebenso wie in der Ablöse des "Deutschen Eigentums" keine Einigung in den Verhandlungen der vier Außenminister in Paris, London und New York erzielt worden.

So ist heute unsere Republik noch immer ohne Staatsvertrag, so müssen wir noch immer die drückenden Lasten der Besetzung tragen und sind wir der Willkür fremder Mächte wehrlos ausgeliefert.

Wohl wurde unser Land nach mehr als fünfjähriger Kriegsdauer durch den Einmarsch der alliierten Armeen von den Schrecken einer Gewaltherrschaft befreit. Es ist aber leider nicht befreit von aller Gewalt auf unserem Boden und jeder fremden Herrschaft über unsere Heimstätten. (Wieder fallen Flugzettel.)

An der Größe der Erleichterung, die wir damals empfanden, bemisst sich die Größe der Enttäuschung, die wir heute empfinden, an dem Jubel der ersten Tage des April des Jahres 1945, die heutige Trauer!

Wir stimmen ein in die Trauer aller Österreicher, in ihren Aufschrei: Sieben Jahre sind mehr als genug! (Demonstrativer Beifall erfüllt das ganze Haus; auch die Galeriebesucher spenden Beifall. Pfui-Rufe, gegen den Linksblock gerichtet, werden laut. Die Abgeordneten des Linksblockes antworten mit erregten Zwischenrufen, die in dem Beifallssturm jedoch unverstänlich bleiben. Präsident Marek ersucht wiederum, dem Ernst der Stunde entsprechend, die Würde des Hauses zu wahren.) Die Stadt Wien hat dreifachen Anlaß dazu:

Als Bundeshauptstadt der Republik Österreich trägt und teilt sie Freud und Leid mit allen übrigen Bundesländern. Sie hat von allen Landeshauptstädten das schwerste Schicksal gehabt, war als einzige direkter Schauplatz furchtbarer Kämpfe, Schauplatz von Zerstörung und Brand.

Als vierfach, nein fünffach geteiltes Gebiet, widerspiegelt und symbolisiert sie das Schicksal ganz Österreichs! (Neuerlich werden Flugzettel geworfen.)

Das harte Schicksal, das die Wiener Bevölkerung in den ersten Monaten des Jahres 1945 getragen hat, ruft die dankbare Erinnerung wach an die Männer, die in dieser schweren Zeit für Staat und Stadt Übermenschliches geleistet haben. Ich darf hier vor allem an den Mann erinnern, der vielfach von unserer Stadt das Schlimmste abgewendet hat: An unseren heutigen Bundespräsidenten, dem damaligen Bürgermeister Theodor Körner um den sich heute wie damals alle Gutgesinnten, damals alle Wiener, heute alle Österreicher scharen! (Stürmischer Beifall, in den die Galerie einstimmt. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen. Wieder werden Flugzettel geworfen. Nur mit Mühe kann jedoch diesmal die Rathauswache den Werfer vor der Empörung der Galeriebesucher schützen, die auf den Mann eindringen wollen.)

Unsere Stadt schmiegt sich hin an die grünen Fluren der österreichischen Landschaft, hingelagert am völkerverbindenden Strom. An ihren Grenzen beginnt aber auch das Erdölgebiet, in ihren Mauern beginnt der Bereich der fremden Gewalt, die aus unserem Boden und aus unseren Betrieben hohen Wirtschaftstribut holt: So ist Wien ein Sinnbild von Österreichs Einheit und Österreichs Leid!

In den nächsten Tagen wird zur Freude aller Wiener, unter ihrer tätigen Anteilnahme und unter freundschaftlicher Mithilfe aller Bundesländer das alte Wahrzeichen unserer Stadt, der Steffel, wieder auferstehen. Mit der Überwindung des Feuerbrandes von 1945 bedeutet dies für uns auch die himmelragende Hoffnung, daß endlich im weiten Umkreis dieser Stadt Friede walte, Freiheit einziehe und die Selbstbestimmung des Volkes ebenso wie die Würde des Menschen voll geachtet werde! (Starker Beifall.)

Wir Wiener und mit uns gewiß alle Österreicher haben noch weiteren Anlaß, außer dem erinnernden und mahnenden Datum heute wieder von dem Kampf um unsere Unabhängigkeit zu sprechen:

Drei Großmächte haben die Frage des Staatsvertrages neuerdings aufgeworfen, indem sie eine neue Fassung des Entwurfes als Kurzvertrag vorgelegt haben.

Er unterscheidet sich von dem früheren Entwurf hauptsächlich in Bezug auf die Frage des schon erwähnten sogenannten "Deutschen Eigentums".

Hiezu sei an dieser Stelle nur der Hinweis erlaubt, daß die wirtschaftlichen Bedingungen, zu denen nach dem früheren Entwurf der Rückkauf der zum "Deutschen Eigentum" erklärten österreichischen Betriebe durch Österreich erfolgen sollte, seither durch den Zeitablauf längst überholt sind: Viel mehr als der seinerzeit vorgesehene Kaufpreis ist seither aus Österreich herausgeholt, von ihm geleistet und bezahlt worden. (Rufe bei den Sozialisten: Sehr richtig!)

Aber nicht um Schätzungen und Rechnungen geht es uns heute. Nicht um die eine oder die andere Besatzungsmacht, auch nicht um die eine und die andere Form des Vertrages:

An alle Besatzungsmächte ergeht unser dringender Ruf: Gebt uns endlich einen Vertrag, der Österreich frei macht! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Ein anderer Umstand, der die weltpolitische Diskussion wieder

belebt, ist der Meinungsaustausch der Großmächte über Deutschland. Wir Österreicher suchen keine Verbindung zwischen der österreichischen und der deutschen Frage. Wir stellen nur fest, daß nach den östlichen Verbündeten Hitlerdeutschlands, nach Italien und nach Japan, nun auch für Deutschland selbst ein Friedensvertrag zur Diskussion steht. Warum soll Österreich der letzte sein?

Das ist es, was wir aus diesem Anlaß wieder in die Welt hinausrufen.

Die Welt soll nicht glauben, daß Österreich sich an seinen heutigen Zustand gewöhnt, die Welt soll wissen, daß hier einem friedlichen, einem freiheitsliebenden, einem fleißig aufbauenden Volk internationales Unrecht geschieht. Die Welt soll hören, wie die Stimme Wiens, die zu ihr oft gesprochen hat in der Sprache der Kunst, aber auch mit den Sturmglocken der Freiheitskämpfe ihr zuruft im Einklang mit den Stimmen aller übrigen Teile des österreichischen Volkes: Achtet unser Recht, gebt uns frei! (Erneut stürmischer Beifall. Mit Ausnahme des Linksblockes erheben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen, um ihrer Zustimmung zu den Ausführungen des Redners Ausdruck zu geben.)

(Fortsetzung des Berichtes auf Blatt 476.)

Linksblock verlangt Debatte

Präsident Marek erteilt hierauf dem Abg. Dr. Altmann (LBl.) zur Begründung seines Antrages, über die Mitteilungen des Landeshauptmannstellvertreters die Debatte zu eröffnen, das Wort.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) betont, die Frage der Freiheit Österreichs, seiner Unabhängigkeit und seiner Bewahrung vor einer Zerreißung sei eine Frage, die nicht nur alle Mitglieder dieses Hauses, nicht nur alle Wiener, sondern auch alle übrigen Österreicher brennend interessiert. Sich mit dieser Frage zu befassen, sei für den Wiener Landtag eine Ehre. (Landeshauptmannstellvertreter Honay: Darum stören Sie heute diese Kundgebung!) Es sei zu begrüßen, daß der Landtag nicht wieder von der Ausrede Gebrauch gemacht habe, daß Angelegenheiten, die in die Kompetenz der Gesetzgebung oder der Verwaltung des Bundes fallen, nicht Sache des Landtages, nicht Sache der Wiener Volksvertretung sei.

Österreich könne seinen Staatsvertrag nur von einer Welt bekommen, in der sich die Großmächte verständigt haben, von einer Welt der friedlichen Entwicklung, nicht aber von einer Welt, deren Inhalt der Kalte Krieg und die Vorbereitung eines heißen Krieges ist.

Bei den Ausführungen des Redners, daß sich der an Österreich versündige, der in diesem Streit der Großmächte Partei ergreife, den Brand schüre und der eine einseitige Politik mache, kommt es zu stürmischen Zwischenrufen und Rufen wie: Schluß! Aufhören! Hochverräter haben keinen Platz in diesem Hause!

Der Redner schließt mit dem Hinweis darauf, es sei notwendig, über die Ausführungen des Landeshauptmannstellvertreters die Debatte zu eröffnen, damit klargelegt werden könne, wer die Schuld daran trage, daß der österreichische Staatsvertrag bisher nicht zustandegekommen ist. (Erneute lebhaftes Zwischenrufe.)

Der Antrag, die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt. Die Ausführungen des Landeshauptmannstellvertreters werden von der Mehrheit des Hauses zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Schriftführer verliest nun die zu Beginn der Sitzung

eingebraachte dringliche Anfrage der Abg. Dr. Altmann und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend "die Freiheit Österreichs."

Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Altmann zur Begründung der Dringlichkeit das Wort. Während seiner Ausführungen verlassen die meisten Abgeordneten der beiden großen Parteien demonstrativ den Saal.

Dr. Altmann betont die Notwendigkeit, daß namens der Stadt und des Landes Wien der Landeshauptmann beziehungsweise sein Stellvertreter klar und eindeutig eine Erklärung abgibt, daß alle ein Interesse daran haben müssen, den Kalten Krieg zu hassen, und alles zu tun, um eine Verständigung zu erzielen, da sonst der Abschluß eines Staatsvertrages unmöglich sei.

Der Antrag, der Anfrage die Dringlichkeit zuzuerkennen, wird abgelehnt.

In Frieden leben!

Zum Ende der Sitzung spricht noch einmal Präsident Marek. Er führt aus: Wenn der Hohe Landtag vor einigen Minuten den Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Erklärungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters abgelehnt hat, so geschah dies aus der Erkenntnis, daß es über die Notwendigkeit eines Staatsvertrages für die österreichische Republik in diesem Hause keine Debatte gibt. (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Der Staatsvertrag ist kein Wiener Problem, er ist kein österreichisches Problem, der Staatsvertrag für Österreich ist vielmehr ein internationales Problem des Friedens. Jeder Wiener wünscht nichts heißer, als daß wirklich Friede werde. Gewiß, der Staatsvertrag, der uns vor sieben Jahren versprochen wurde und bis zum heutigen Tage vorenthalten wird, bedeutet für uns eine absolute Lebensnotwendigkeit, er ist aber auch die erste und wichtigste Voraussetzung für die innere Neuordnung der großen Völker.

Wir Österreicher und wir freigewählten Abgeordneten des Wiener Volkes müssen mit Bitternis das Unrecht beklagen, daß wir noch immer nicht frei sind und noch nicht als gleichberechtigter Mitgliedstaat in die große freie Völkerfamilie aufgenommen

wurden. Wir können mit Stolz darauf verweisen, daß wir in unserem Lande die Demokratie mit ihren vielfältigen Einrichtungen und Funktionen hergestellt und in unserer Arbeit verankert haben. (Zwischenrufe beim Linksblock.)

Unser Ziel bleibt, in Frieden zu leben und zu arbeiten und dem Frieden der ganzen Menschheit zu dienen.

Im Namen unserer schwergeprüften Bevölkerung haben wir heute durch Kenntnisnahme der Erklärung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der uns durch sieben Jahre in Aussicht gestellte Staatsvertrag Wirklichkeit werde, daß das uns zugefügte Unrecht endlich beseitigt und daß uns recht bald die Freiheit, die Unabhängigkeit, die Selbständigkeit unseres geliebten Heimatlandes gegeben wird. (Langanhaltender, stürmischer Beifall bei den Sozialisten und der Volkspartei.) Nach diesen Ausführungen schließt Präsident Marek die Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung waren von Abgeordneten Dr. Altmann drei Anfragen an den Landeshauptmann gerichtet worden, die sämtlich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurden. Die Anfragen behandeln die Einhaltung der Geschäftsordnung des Landtages für Wien, den genauen Abdruck der Protokolle des Landtages und die Tagesordnung der heutigen außerordentlichen Sitzung.

Senatsrat Dipl.Ing. Kritsch gestorben

=====

3. April (Rath.Korr.) Heute vormittag ist in seiner Dienststelle im Rathaus Senatsrat Dipl.Ing. Josef Kritsch einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene war seit seinem Eintritt in den Dienst der Gemeinde Wien im Jahre 1925 mit kurzen Unterbrechungen während des Krieges in der Magistratsabteilung für Baustoffbeschaffung beschäftigt. Im Jahre 1945 wurde er zum Leiter dieser Magistratsabteilung bestellt und ein Jahr später zum Senatsrat ernannt. Senatsrat Dipl.Ing. Kritsch stand im 58. Lebensjahr.

Erster Wiener Mandolinen-Orchester-Verein bei Wettbewerb in Como
=====

3. April (Rath.Korr.) Der Erste Wiener Mandolinen-Orchester-Verein, der im vorigen Jahre bei einem internationalen Wettbewerb in Deutschland einen ehrenvollen Preis erringen konnte, wurde auf Grund seines erfolgreichen künstlerischen Wirkens zu einem internationalen Mandolinenwettbewerb eingeladen, der am 5. und 6. April in Como (Italien) stattfindet. An der Konkurrenz werden mehr als 40 Vereine aus Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, der Schweiz und anderen Staaten teilnehmen. Das Wiener Orchester ist heute bereits nach Italien abgereist.

Bankbeamte besichtigten das Konservatorium der Stadt Wien
=====

3. April (Rath.Korr.) Vor einigen Tagen besuchte eine Gruppe von über 30 Beamten der Länderbank, in deren Räumen das Konservatorium im Vorjahre einen Hausmusik-Nachmittag veranstaltet hatte, alle Klassen des Konservatoriums der Stadt Wien, in denen Kollektivunterricht erteilt wird, so vor allem Übungen des Kinderchores der Stadt Wien, geleitet von Susanne Frieser, die Tanzabteilung, in der Ilka Peter Kinderunterricht erteilt, die Opern- und Operettenklasse und den Kurs für Dirigierübungen.

Die Besucher wurden von Reg.Rat Lustig-Prean begrüßt und von Prof. Braun durch das Konservatorium geleitet, wobei sie auch Gelegenheit fanden, verschiedenen Darbietungen von Kammermusik beizuwohnen.

Ernst Beutel zum Gedenken
=====

3. April (Rath.Korr.) Am 5. April wäre der Technologe Prof. Dr. Ernst Beutel 75 Jahre alt geworden.

In Sternberg in Mähren geboren, studierte er an den Technischen Hochschulen Wien und Graz sowie an den Universitäten Gießen, Paris und London. Nach Studienreisen in Westeuropa, Nordafrika und Nordamerika wurde er Lehrer am Technologischen Gewerbemuseum in

Wien und Oberdirektor der Gewerblichen Fortbildungsschule. 1921 wurde er an die Hochschule für Welthandel berufen, deren Rektor er von 1929 bis 1931 war. Außerdem war er Professor an der Konsularakademie, Vorstand des Technologischen Institutes und Honorarprofessor an der Akademie der bildenden Künste. Am 6. November 1944 ist er gestorben. Beutel hat besonders auf dem Gebiet der Warenkunde der Metallurgik und der chemischen Technologie der Farben eine Anzahl von Standardwerken verfaßt.

Schweinenachmarkt vom 3. April

=====

3. April (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 395 inländische Fleischschweine, verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 114 inländische Fleischschweine. Sämtliche aufgetriebenen Schweine wurden zum Preis von 14 S je Kilogramm rasch abverkauft.

Rindernachmarkt vom 3. April

=====

3. April (Rath.Korr.) Neuzufuhren aus dem Inland: 4 Ochsen, 12 Stiere, 67 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 90. Neuzufuhren aus Jugoslawien: 6 Ochsen, 2 Stiere, 11 Kühe, 15 Kalbinnen, Summe 34. Gesamtauftrieb: 10 Ochsen, 14 Stiere, 78 Kühe, 22 Kalbinnen, Summe: 124. Verkauft wurde alles.

Bei ruhigem Marktverkehr wurden die Hauptmarktpreise schwach behauptet.

Weidner Markt vom 3. April
 =====

3. April (Rath.Korr.) Rinder: 156 Stück, 149 verkauft, 7 unverkauft, Preis 12 bis 20 S. Kälber: 247, alle verkauft, Preis 12 S. Schweine: 412, 408 verkauft, 4 unverkauft, 16.50 bis 18.50 S. Schafe: 11 Stück plus 1 vom Vortag. Verkauft 12. Preis 10 bis 14.50 S. Lämmer: 5 Stück, davon 4 vom Vortag. Alle verkauft, 14 bis 16 S. Ziegen: 6 Stück, davon eine vom Vortag, Preis 7 bis 12 S. Kitze: 58 Stück plus eine von gestern. 59 verkauft, 14 bis 17 S. Innereien: 385 kg, alles verkauft, 2 bis 19.50 S. Knochen: 71 kg, alles verkauft, 3 bis 3.50 S. Jugoslawische Schweinehälften: 274 Stück, verkauft 219, unverkauft 55, Preis 19.20 bis 19.22 S. Ein Reh, 10 S. Selchfleisch: 49 kg, 15 bis 18 S.

Bei ruhigem Marktverkehr wurde die Ware zu unveränderten Vorwochenpreisen abgesetzt.

Bestätigungen für Fahrscheinkäufe nicht mehr möglich
 =====

Finanzämter verlangen keine Quittungen

3. April (Rath.Korr.) Die Verkehrsbetriebe haben bisher aus besonderem Entgegenkommen für Fahrscheinkäufe bei Vorverkaufsstellen auf Verlangen Bestätigungen ausgegeben. Es hat sich jedoch gezeigt, daß dieses Entgegenkommen vom Publikum in einem immer größeren und schließlich untragbaren Ausmaß in Anspruch genommen wurde. Wiederholt wurden für ganz wenige Fahrscheine wie etwa für fünf Kinderfahrscheine oder ein bis zwei Wochenkarten Bestätigungen verlangt. Dadurch wurde nun die Abwicklung des Fahrscheinverkaufes bei den Vorverkaufsstellen erschwert und in den Spitzenzeiten überaus stark verzögert. Nach den von den Verkehrsbetrieben gepflogenen Erhebungen geben weder die Post für die von ihr ausgegebenen Wertzeichen noch im Parallelfall die Bundesbahnen für ausgegebene Karten irgendwelche Quittungen. Weiters konnte auch bei der Finanzlandesdirektion erhoben werden, daß keine Weisung an die nachgeordneten Finanzämter ergangen ist, derartige Quittungen von den Steuerpflichtigen zu fordern.

Eine Ausstellung von zusätzlichen Bestätigungen über die

Abgabe von Fahrausweisen, die an und für sich selbst "Quittungen" darstellen, ist auch nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Beförderungs- und Tarifbestimmungen garnicht vorgesehen.

Mit Rücksicht auf die angeführten Gründe, die noch dadurch gestützt werden, daß das Beweismittel für den getätigten Kauf durch den Fahrschein oder die Wertmarke mit Preisaufruck gegeben ist und zu Beweis-zwecken aufbewahrt werden kann, haben sich die Verkehrsbetriebe entschließen müssen, die bisher üblichen Einkaufsbestätigungen nicht mehr auszugeben, was für den desinteressierten, überwiegenden Teil der Fahrgäste sicherlich nur von Vorteil, für die bisherigen Interessenten aber im Hinblick auf die Information der Steuerbehörde nicht von Nachteil sein kann.